

US-Kongress fordert Druck auf Burma

Aufzählung Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates verlangt.
Wiener Zeitung_30 august 2007

Washington. Unter dem Eindruck fortgesetzter Proteste von Regimegegnern in Burma (Myanmar) hat der US-Kongress die Regierung in Washington aufgefordert, unverzüglich eine Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in New York zu veranlassen. Das Militärregime des südostasiatischen Staates unter Generalissimus Than Shwe hat seit Beginn der Demonstrationen vor zwei Wochen in Rangun zahlreiche Festnahmen vorgenommen.

In einem in Washington veröffentlichten Schreiben forderten der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des US-Repräsentantenhauses, Tom Lantos, und weitere Abgeordnete und Senatoren Außenministerin Condoleezza Rice auf, die sofortige Einberufung einer Sitzung des Weltsicherheitsrates bei UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon zu beantragen. Die gegenwärtige Entwicklung in Burma erfordere eine starke und deutliche Antwort unserer Regierung, hieß es in dem Schreiben.

Die USA waren zuletzt im UNO-Sicherheitsrat mit einer gegen die burmesische Junta gerichteten Resolution am gemeinsamen Veto Russlands und Chinas gescheitert. Nach dem mehrmals abgeschwächten US-Entwurf, der von der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien unterstützt wurde, hätte die burmesische Führung aufgefordert werden sollen, die Unterdrückung von Demokratieaktivisten und die Verfolgung ethnischer Minderheiten einzustellen.

Der US-Senat hat die 2003 verschärften Sanktionen gegen Burma verlängert. Dazu gehören ein Einfuhrverbot für alle Waren aus dem Land und ein Einreiseverbot für Personen mit Verbindungen zur Junta. Die US-Regierung ist zudem verpflichtet, alle Kreditentscheidungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zugunsten des burmesischen Regimes abzulehnen. Zensur in den letzten Tagen verstärkt

Die internationale Journalistenorganisation "Reporter ohne Grenzen" (RSF) prangerte unterdessen in einer in Bangkok veröffentlichten Erklärung die brutale Unterdrückung der Pressefreiheit und Verfolgung unabhängiger Journalisten durch die burmesische Militärjunta an. Die Zensurbehörden und die Polizei hätten ihre Kontrollmaßnahmen und Einschüchterungsmechanismen in den vergangenen Tagen erheblich verstärkt.

Die Militärdiktatur sieht sich mit den schwersten Unruhen seit den 1990er Jahren konfrontiert. Ausgelöst wurden sie durch die Verdoppelung der Treibstoff- und Fahrpreise. In der vergangenen Woche waren siebzehn Regimekritiker, darunter praktisch die gesamte Führung der Gruppe "88er Studentengeneration" und der ehemalige Studentenführer Min Ko Naing, festgenommen worden. 1988 hatte das Militär prodemokratische Demonstrationen in einem Blutbad mit Tausenden von Toten niedergeschlagen.

Dem Regime werden schwerste Menschenrechtsverstöße zur Last gelegt, insbesondere Zwangsarbeit, Folter, brutale Verfolgung von ethnischen Minderheiten, Missbrauch von Kindersoldaten und Unterdrückung der Demokratiebewegung.

Dutzende Demonstranten abgeführt

Der Spiegel_27 august

Die Militärjunta in Myanmar geht seit Tagen hart gegen Oppositionelle vor. Dennoch haben erneut Dutzende Menschen gegen die massive Anhebung der Benzinpreise demonstriert - sie wurden allesamt festgenommen.

Rangun - Augenzeugen aus der Stadt Bago, rund 75 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Rangun berichten, alle der rund 50 Demonstranten seien festgenommen worden. Die

Demonstranten seien schweigend durch die Stadt marschiert. Nach etwa einer halben Stunde seien alle abgeführt worden.

In Myanmar (Birma) hat es in den vergangenen Tagen immer wieder Proteste gegeben. Sie richteten sich zunächst gegen die drastisch gestiegenen Benzinpreise, später wurden daraus auch Menschenrechtsdemonstrationen.

Die Militärs in dem südostasiatischen Land versuchen die Proteste mit hartem Vorgehen zu unterdrücken. Nach Angaben von Menschenrechtlern wurden in der vergangenen Woche mindestens hundert Menschen festgenommen (mehr...). Die Ereignisse erinnern an die Anfänge der Demokratiebewegung von 1988, die damals von der Junta blutig niedergeschlagen wurde.

Neue Proteste ungeachtet des harten Vorgehens der Militärjunta

Der Standard_27 august

Rangun - Ungeachtet des harten Vorgehens der Militärjunta in den vergangenen Tagen haben in Burma (Myanmar) abermals etwa fünfzig Menschen gegen die massive Anhebung der Treibstoffpreise demonstriert. Alle 50 Demonstranten seien festgenommen worden, berichteten Augenzeugen am Montag aus der Stadt Bago, 75 Kilometer nordöstlich von Rangun (Yangon). Die Demonstranten seien schweigend durch die Stadt marschiert. Nach etwa einer halben Stunde seien alle von Polizeikräften festgenommen und abgeführt worden. Am Vortag waren mehr als hundert burmesische Regimegegner festgenommen worden.

Thailands Militärmachthaber General Sonthi Boonyaratglin ist am Montag überraschend in der neuen burmesischen Hauptstadt Naypyidaw, 400 Kilometer nördlich von Rangun, zu Gesprächen mit Staatschef Generalissimus Than Shwe eingetroffen. Die Militärdiktatur in dem südostasiatischen Land sieht sich mit den schwersten Unruhen seit den 1990er Jahren konfrontiert. Auslöser war die Verdoppelung der Treibstoff- und Fahrpreise.

Militärjunta nimmt führende Dissidenten fest

Reuters_22/8/2007

Drastisch steigende Preise führen im verarmten Myanmar zu immer schlechteren Lebensbedingungen. Um Proteste in der Bevölkerung im Keim zu ersticken, hat die Militärjunta 13 führende Oppositionelle festgenommen.

Rangun - Das Militär in Myanmar (früher: Birma) verkündete das Vorgehen über die amtliche Zeitung "New Light of Myanmar". In mehreren Einsätzen in der Nacht seien 13 Menschen festgenommen worden, hieß es. Die Gruppe habe die Stabilität und Sicherheit der Nation unterlaufen wollen. Alle Festgenommenen beteiligten sich den Angaben nach an dem Aufstand von 1988, den Studenten anführten.

Die in Washington ansässige Gruppe U.S. Campaign for Burma teilte mit, unter den Verhafteten sei praktisch die gesamte Führung der 88er Studentengeneration. Mitglieder dieser Gruppe waren an der Spitze der Demokratiebewegung vor 19 Jahren und wurden mit langen Haftstrafen für die Rebellion bestraft, die vom Militär niedergeschlagen wurde. Sie hatte am 15. August eine Demonstration gegen eine Verdoppelung der Treibstoffpreise am 15. August organisiert, an der mehr als 400 Menschen teilgenommen hatten.

Für heute waren in dem verarmten Land Proteste gegen das jüngste Ärgernis, die steigenden Benzinpreise, geplant. Myanmar war einst der größte Reis-Exporteur, als es 1948 von Großbritannien unabhängig wurde. Mittlerweile zählt es zu den ärmsten Ländern Asiens. Prominentes Opfer der Militärdiktatur des Landes ist die 62-jährige Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die in den vergangenen 17 Jahren mehr als elf Jahre hinter Gittern saß.

Menschenrechtsgruppen äußerten sich besorgt. Die Aktivisten seien nach früheren Festnahmen schwer gefoltert worden, teilte die US-Kampagne für Myanmar mit. Sie forderten China und die Vereinten Nationen auf, sich für die Freilassung der Männer einzusetzen. China hatte vor kurzem eine kritische Uno-Resolution zu Myanmar mit einem Veto verhindert.

Zehntausend Obdachlose nach Flut in Myanmar

Kleine Zeitung_20.08.2007

Nach Überschwemmungen sind in Myanmar zehntausende Menschen obdachlos geworden. Wie Vertreter der örtlichen Behörden der Nachrichtenagentur AFP sagten, führten ungewöhnlich schwere Regenfälle zur Überflutung von etwa 10.000 Häusern im Ayeyawaddy-Flussdelta. Die staatlichen Medien in dem von einer Militärregierung geführten südostasiatischen Land erwähnten die Überschwemmungen kaum.

Im Dorf Athok, 160 Kilometer westlich von Myanmars Wirtschaftsmetropole Rangun, warteten Menschen auf notdürftigen Bambusgerüsten in der Nähe ihrer Häuser auf das Sinken der Pegel. Geschäftsleute spendeten Reis, damit die Flutopfer zumindest etwas zu essen hatten.

Die Zusammenfassung:

Sanktionen gegenüber Myanmar und Simbabwe: Namenslisten geändert

Bundesverwaltung_Bern, 02.08.2007

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement EVD hat den Anhang 2 der Verordnung über Massnahmen gegenüber Myanmar und den Anhang 2 der Verordnung über Massnahmen gegenüber Simbabwe angepasst.

Die Änderungen treten am 3. August 2007 in Kraft. Der Anhang 2 der Verordnung über Massnahmen gegenüber Myanmar enthält die Namen von Mitgliedern der Regierung, der Sicherheitskräfte und der Verwaltung Myanmars, deren Gelder und Vermögenswerte gesperrt sind und die nicht in die Schweiz einreisen dürfen. Die Liste wurde auf den aktuellen Stand gebracht, was die Kürzung von 392 auf 382 Namen zur Folge hatte.

Zur Zeit ist, gestützt auf die Verordnung über Massnahmen gegenüber Myanmar, ein Konto mit einem Betrag von rund 730'000 Schweizer Franken gesperrt. Aufgrund der Verordnung über Massnahmen gegenüber Simbabwe sind zwei Konten mit rund 547'000 US Dollar gesperrt. Mit den Anpassungen der Anhänge 2 der beiden Verordnungen übernimmt die Schweiz entsprechende Massnahmen der EU/EG, welche in den letzten Monaten beschlossen wurden.

US-Sanktionen verlängert

der Standard_25 Juli 2007

Einstimmiges Votum im Senat - Handelsembargo und Einreiseverbot für Junta-Mitglieder Washington - Der US-Senat hat die im Jahr 2003 gegen Burma (Myanmar) verschärften Sanktionen einstimmig verlängert. Die Strafmaßnahmen gegen die burmesische Militärdiktatur müssten aufrecht bleiben, bis die herrschende Junta politische Reformen zulasse, unterstrich die demokratische Senatorin Dianne Feinstein (Kalifornien) nach dem Votum am Dienstag (Ortszeit) in Washington.

Der Republikaner Mitch McConnell prangerte die Unterdrückungspolitik des "brutalen Regimes" in dem südostasiatischen Land an und forderte die Freilassung der Führerin der Demokratiebewegung, Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, und der politischen Gefangenen.

Einführverbot für Waren aus Burma

Zu den Sanktionen gehören ein Einfuhrverbot für alle Waren aus Burma und ein Einreiseverbot für Personen mit Verbindungen zur Junta. Die US-Regierung ist zudem verpflichtet, alle Kreditentscheidungen der [Weltbank](#) und des Internationalen Währungsfonds zugunsten des burmesischen Regimes abzulehnen.

Einen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingebrachten Resolutionsentwurf zur Lage in Burma hatten die USA im Jänner abgeschwächt, nachdem die ursprüngliche Fassung von China und Russland abgelehnt worden war.

Dem Regime von General Than Shwe werden schwerste Menschenrechtsverstöße zur Last gelegt, insbesondere Zwangsarbeit, Folter, brutale Verfolgung von ethnischen Minderheiten, Missbrauch von Kindersoldaten und Unterdrückung der Demokratiebewegung.

Die Nationale Liga für Demokratie (NLD) unter der Führung von Aung San Suu Kyi hatte die Wahlen zu einer Verfassunggebenden Nationalversammlung 1990 mit Vierfünftelmehrheit gewonnen, doch hatte das Militär die Machtübergabe verweigert.